

Dezember 2013

Liebes Mitglied,

für unseren Verein geht gerade eine sehr geschäftige Zeit zu Ende, was vor allem durch unsere jährliche Studienreise bedingt war, die uns diesmal nach Tunesien führte.

An der Reise vom 28. September bis zum 6. Oktober nahm eine Delegation aus 19 ehemaligen Mitgliedern teil, die unweit von Tunis untergebracht war. Der Arabische Frühling ging von Tunesien aus, und das Land, das sich noch immer in einer komplexen Phase des Wandels befindet, gilt in der Region auch weiterhin als einer der Hoffnungsträger, was den Übergang hin zu einem pluralistischen, demokratischen und nachhaltigen System angeht, das eine veritable Zäsur darstellt. Politische Morde gefährdeten die Verfassungsreform, die über den Sommer einige Monate ins Stocken geriet. Folglich war unser Besuch wenige Wochen vor unserer Abreise von Ungewissheit überschattet. Durch einen Fahrplan, der von der tunesischen Zivilbevölkerung unter Konsultation der Parteien lanciert wurde und der den Weg für die Wiederbelebung des politischen und institutionellen Dialogs sowie die Aufhebung des monatelangen Stillstand ebnete, standen die Dinge für Tunesien wieder unter einem besseren Stern. Das galt auch für das Wochenende unserer geplanten Ankunft. Unsere VEM-Delegation zählte zu den ersten, die von diesem Wandel des politischen Klimas profitierten, und die Parteien, die noch kurz zuvor so zögerlich waren, miteinander oder mit externen Gesprächspartnern in einen Dialog zu treten, begrüßten unsere Delegation alle herzlich und sprachen offen über ihre Hoffnung auf Fortschritte. So waren wir die ersten europäischen Vertreter, die nach der Krise, die Tunesien seit Juli erschütterte, die Gelegenheit hatten, mit der politischen Führung des Landes zu sprechen.

Wir wurden vom Präsidenten der Tunesischen Republik, Moncef Marzouki, dem Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung, Mustafa Ben Jaafar, Premierminister Ali Larayedh und Außenminister Othman Jarandi empfangen. Wir trafen auch mit allen der Verfassungsgebenden Versammlung angehörenden Fraktionen zusammen. Herausforderungen, die sich nach einer Revolution stellen, sind niemals leicht zu meistern, selten linear in dem Sinne, dass ein Schritt automatisch zum nächsten führt, und werden durch unvorhergesehene Erschütterungen noch vergrößert. Dennoch besteht auf allen Ebenen der offensichtliche Wunsch, kontroverse Ergebnisse zu vermeiden, die die einzelnen Richtungen gegeneinander aufbringen würden, nun da Tunesien sich auf dem Weg in die Zukunft befindet.

Wie gewöhnlich fanden auf unserer Reise auch Treffen mit nichtstaatlichen Organisationen, Journalisten, Intellektuellen, Studenten, Frauenrechtsaktivisten und Think Tanks der Wirtschaft statt. Die nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung, der Arbeitgeberverband, die tunesische Menschenrechtsliga und die Anwaltskammer, haben maßgeblich an der Ausarbeitung des Fahrplans, der den politischen Prozess wieder in Gang gebracht hat, mitgewirkt. Die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft und das strikt verfassungsmäßige Verhalten der tunesischen Streitkräfte sind Ausdruck der Tatsache, dass Tunesien eine Ausnahmestellung in einer Region einnimmt, in der sich ein grundlegender Wandel vollzieht. Dies gibt Anlass zu der Hoffnung, dass das Land, in dem der Arabische Frühling seinen Ausgang nahm, auch zum Vorbild dafür werden kann, wie er erfolgreich zu Ende geführt werden kann.

In diesem Bulletin werden in mehreren Artikeln Eindrücke über die allgemeine Situation in dem Land vermittelt, und es wird zu verschiedenen Themen Stellung genommen, die die tunesische Gesellschaft und ihr politisches und soziales Leben betreffen, wie etwa Meinungsfreiheit, die Troika und die Parteien, Literatur, Gleichstellung der Geschlechter, Gewerkschaften und das Quartett, tunesische Geschichte, ein von der EU gefördertes

Mikrofinanzierungsprojekt, Studenten und junge Menschen. Bilder, vorbereitende Dokumente und weitere Informationen zur Studienreise werden auf der VEM-Website zur Verfügung gestellt: www.formermembers.eu

Im Übrigen würde ich mich freuen, so viele wie möglich von Ihnen bei den Jahresveranstaltungen des VEM am 4. Dezember begrüßen zu dürfen. Gastgeber des Jahresempfangs wird wie in der Vergangenheit der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, sein. Als Ehrengast beim Abendessen wird Alexander Kwasniewski, der ehemalige Präsident Polens, über die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine und den Aktionsplan für die Werte der EU sprechen. Am Nachmittag dieses Tages wird – nur wenige Monate vor der entscheidenden und wegweisenden Wahl zum Europäischen Parlament 2014 – beim VEM-Jahresseminar mit dem Titel „Europa: Wer wir sind und wofür wir stehen“ das Thema „Europa der Werte“ im Mittelpunkt stehen. In der Märzausgabe 2014 des VME-Bulletins wird ein Sonderbericht mit Fotos zu unseren Jahresveranstaltungen erscheinen.

Abschließend möchte ich all denjenigen danken, die 2013 beim VEM mitgearbeitet oder das Ihre dazu beigetragen haben. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr 2014.

Mit den besten Wünschen

Pat Cox

Abschied von Wilfried Martens

Mit großer Trauer mussten wir Abschied nehmen, von Wilfried Martens, einem großen belgischen Politiker und leidenschaftlichen Europäer. Wilfried Martens war uns Vorbild und Beispiel. Sein unerschütterlicher Glaube an die "Einheit Europas in Vielfalt" wird für alle seine Freunde Auftrag und Verpflichtung für die Zukunft sein. Gerade in einer Zeit, in der die Europäische Union vor großen Herausforderungen steht, sind die tiefen europäischen Überzeugungen von Wilfried Martens für alle seine politischen Freunde Ermutigung und Inspiration, seinen europäischen Weg weiterzugehen. Er hat in oft ausweglos erscheinenden Situationen fast immer einen Kompromiss erzielen können – eine Fähigkeit, die ihn zu einem europäischen Staatsmann werden ließ. Angesichts seiner herausgehobenen Ämter verdient es große Anerkennung, dass er sich als Person seine Bescheidenheit stets bewahren konnte. Als Nachfolger in seinem Amt als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament danke ich ihm für viele Jahre vertrauensvoller Zusammenarbeit und Freundschaft.

Wilfried Martens war langjähriger belgischer Premierminister, von 1994-1999 Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament und bis zu seinem Tod Vorsitzender der Europäischen Volkspartei.

Hans-Gert Pöttering,

Präsident des Europäischen Parlaments (2007 2009), Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999-2007) und Stellvertreter von Wilfried Martens als EVP-Fraktionsvorsitzender (1994-1999)

DER SPRACHGEBRAUCH ALS MITTEL DER IRONIE

Es trug sich in einer Nachtsitzung in Straßburg in der Wahlperiode zwischen 1989–1994 zu. Die Plenarsitzung war für mündliche Anfragen an den Rat im Halbjahr des britischen Ratsvorsitzes vorgesehen.

Herbert BARRERA, ein spanisches Mitglied des Europäischen Parlaments aus der Partei Republikanische Linke Kataloniens (Esquerra Republicana de Catalunya), stellte seine Anfrage an den Rat. Da er seine Anfrage nicht auf Spanisch stellen wollte, entschied er sich für das Englische.

Den Vorsitz im Rat hielt der zuständige Fachminister Lord TRISTÁN GARELL JONES inne; der Beginn seiner Antwort (die er auf Kastilisch vortrug, da er diese Sprache seit seiner Jugendzeit in Madrid in Perfektion beherrschte) lautete folgendermaßen: „Ich danke dem Herrn Abgeordneten für sein Zuvorkommen, seine Anfrage in meiner Sprache gestellt zu haben; ich möchte dem entsprechen, indem ich die seinige gebrauche...“.

Hinten im Saal sprang Herr BARRERA auf und rief wild gestikulierend: „Das ist nicht meine Sprache, das ist nicht meine Sprache!“

Lord GARELL JONES allerdings setzte seine Antwort auf die Anfrage seelenruhig und ohne dem Gelächter der anderen Parlamentsmitglieder, die darauf warteten, dass ihre Anfragen behandelt werden, Beachtung zu schenken, auf Kastilisch fort.

Dies zeugt davon, wie Sprachkenntnisse nicht nur ein nützliches Werkzeug der Kommunikation, sondern darüber hinaus ein Mittel feinsten Ironie darstellen können.

José Maria Gil Robles

Sehr geehrter Herr,

Die Worte in dem Artikel von José Luis Valverde „Wir müssen nunmehr den Schritt von einem unvollendeten Europa hin zu einer vollständigen politischen Union mit sämtlichen erforderlichen Befugnissen vollziehen“ und ähnliche von zahlreichen weiteren Personen bekundete Ansichten bedürfen einer eingehenden Untersuchung und Klarstellung. Menschen, die wie ich der festen Überzeugung sind, dass die Europäische Union Bestand haben und das Vereinigte Königreich ein Teil von ihr sein sollte, vertreten die Auffassung, dass einige dieser Ausführungen zu weit gehen.

Meinen die radikalen Verfechter einer „immer engeren Union“ damit, dass irgendwann einmal Spanien als Land nicht mehr weiter bestehen, die Franzosen nicht länger die Marseillaise singen und ihre Fußballnationalmannschaft unterstützen und die Italiener nicht länger Italiener sein werden? Werden der Bundestag, der Folketing und der Staten-Generaal nicht weiter bestehen? Ich vernehme keine derartigen öffentlichen Forderungen. Aber was bedeutet eine „immer engere Union“ nun tatsächlich?

Häufig wird von einem „föderalen“ Europa gesprochen. Für die Briten würde mehr „Föderalismus“ eine Befugnisübertragung von der einzelstaatlichen Ebene hin auf die EU-Ebene bedeuten. Aber auch Deutschland und die Vereinigten Staaten bezeichnen sich beispielsweise als „föderal“; sie haben allerdings weit mehr Befugnisse an die Regionalregierungen (die Bundestaaten, Länder, usw.) übertragen als „nicht-föderale“ Staaten wie Irland oder Griechenland. Das Vereinigte Königreich würde sich nie als „föderal“ bezeichnen, dennoch wurden beträchtliche interne Befugnisse an die Behörden in

Schottland, Wales und Nordirland – allerdings nicht an die Behörden in England – übertragen. In Spanien, Belgien und selbst in Teilen Frankreichs wird in der Öffentlichkeit eher weniger als mehr Zentralisierung gefordert. Aber was bedeutet „föderal“ nun wirklich? Falls im Vereinigten Königreich ein Referendum über die Mitgliedschaft des Landes in der EU abgehalten wird, werde ich mich entschieden dafür einsetzen, dass Großbritannien in der EU verbleibt und uneingeschränkt an ihrer Leitung beteiligt ist. Wenn allerdings von einer „immer engeren Union“ die Rede ist, mit der die Vorstellung einhergeht, dass mein Land und meine Nationalität nicht weiter bestehen sollten, gestaltet sich dieses Unterfangen als sehr schwierig.

So fordere ich die radikalen Verfechter einer „immer engeren Union“ auf, auf ihre Sprache zu achten, ihre Vorstellungen genau zu erläutern und ihr offensichtliches Anliegen, das Empfinden, einem Land anzugehören und stolz darauf zu sein – wie es eine große Mehrheit der Europäer verspürt – abzuschaffen, zu begründen.

Hochachtungsvoll

Andrew Pearce

Karthago

Karthago war eine wahre See- und Handelsmacht. Die Stadt wurde nach ihrer Niederlage gegen Rom in den Punischen Kriegen zerstört. Die Legende besagt, dass die römischen Soldaten zahlreiche Statuen und Säulen der Stadt als Zeichen der Macht enthauptet und zerstört haben. Unter dem Römischen Reich wurde die Stadt wieder aufgebaut und die Mosaiktechnik angewandt, um die Gebäude zu verzieren. Dieser römische Einfluss ist noch heute in den Gebäuden der Städte Karthago und Tunis zu sehen. Ein Beispiel hierfür ist das Bardo-Museum mit seinen Mosaiken, die unter anderem Diana als Jägerin, eine Jagdszene, eine dionysische Prozession, einen Löwen, der ein Wildschwein frisst, und den Triumph des Neptun darstellen. Sidi Bou Saïd, ein großes weißes Dorf hoch über dem Meer, ist offensichtlich das Zentrum der arabischen Musik und der Musik des Mittelmeerraums.

Claude Delcroix

IMPRESSIONS FROM THE FMA STUDY VISIT 2013 TO TUNISIA

Es war mein erster Besuch in Tunesien. Am stärksten verwundert haben mich die Tatkraft, die die Mittelklasse und die Zivilbevölkerung in ihrem Bemühen um eine Entwicklung des Landes unter geregelten Umständen nach dem Arabischen Frühling und um den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft an den Tag legen. Die Schwierigkeiten sind zahlreich, und der Ausgang der Versuche zur Ausarbeitung einer funktionierenden Verfassung ist äußerst ungewiss.

Der Wirtschaft des Landes geht es schlecht, und sie wird sich auch nicht erholen, wenn keine politische Stabilität erreicht werden kann. Damit der soziale Frieden gewahrt bleibt, muss das soziale Elend gemildert werden, die regionalen Unterschiede bei den Lebensbedingungen müssen beseitigt werden und die Wirtschaft muss wieder in Schwung kommen.

Die Anwesenheit und Unterstützung der EU sind sehr wichtig und können sogar mitentscheidend dafür sein, in welche Richtung die weitere Entwicklung geht.

Der Besuch in den Hügeln von Karthago und in den Ruinen von Kerkouan hat mich wehmütig gestimmt. Es wäre dem friedlichen tunesischen Volk gegenüber nicht gerecht, wenn die Geschichte erneut das friedliche Zusammenleben mit den Nachbarvölkern rund ums Mittelmeer vereitelte.

Henrik Lax

Ein lauer Abend – ein leichter Luftzug

Ideal für eine Gartenparty in der Residenz des Deutschen Botschafters in Tunis!

Und alle folgten der Einladung! Wir deutschen Teilnehmerinnen der Studienreise nach Tunesien ebenfalls. Wir hörten die Rede des Botschafters und sangen die deutsche Nationalhymne! Dies geschah am Tag der Deutschen Einheit, der seit 1990, seit der Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschlands, am 3. Oktober eines jeden Jahres gefeiert wird, und eben auch in der Deutschen Botschaft in Tunis!

Natürlich kam auch der Small Talk nicht zu kurz! Die Dämmerung war kurz, die Dunkelheit brach schnell herein. Und Fotos hielten das Ereignis fest. Jazzsongs erklangen, und typisch deutsches Essen gab es reichlich! Sie wollen wissen, was es gab? Natürlich Sauerkraut, Leberkäse, Würstchen und Senf – unter vielem anderem! Und als Nachtschicht rote Grütze sowie Streuselkuchen!

Heimat also in der Fremde – doch ich gestehe, fremd brauchten wir uns in Tunesien wahrlich nicht zu fühlen!

Brigitte Langenhagen

Tunesien, ein Traumland..

vom Klima, der Geschichte und eigenen Ressourcen her offenbarte sich uns als ein Staat, der um seine demokratische Verfassung ringt.

Er ist gerade dabei, alle seine Möglichkeiten in einem Hick-Hack Ringen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften zu verspielen.

Die Folgen des fast 3-jährigen Stillstandes nach der Revolution, dem arabischen Frühling waren nicht nur in dem von Plastik-Müll übersäten Land zu finden, sondern auch in der Unbeweglichkeit der meist jugendlich männlichen Bevölkerung, die kaffeetrinkend selbst am Samstagmorgen in den Kaffee-Bars sitzt, während die Eltern sich mit der Arbeit, oft Landarbeit abquälen.

Man wünscht sich, nachdem das Kapitel der Diktatoren und Kolonialherrscher beendet wurde, einen Aufbruch, mehr noch im Geiste, im Denken, in der Einstellung zur Selbstverantwortlichkeit, statt vermehrt auf ausländische Investitionen zu setzen.

Ursula Braun Moser

Tunesien litt auch schon vor der Revolution unter einer sehr hohen Arbeitslosigkeit. Sie hat Mohamed El Bouazizi dazu getrieben, sich am 17. Dezember 2010 selbst anzuzünden, was den Arabischen Frühling ausgelöst hat.

Zwei Jahre nach der Revolution hat sich offenbar nichts geändert. Zahlreiche Tunesier sind sogar der Meinung, die Lage habe sich nach dem 14. Januar noch weiter verschlechtert. Ein Zugang zum Arbeitsmarkt ist beinahe unmöglich geworden, zahlreiche Investoren haben das Land verlassen, und die politische Lage ist instabil. Das hat sich mit Sicherheit nachteilig auf den „Tunisian Dream“ der Mehrheit der tunesischen Jugendlichen ausgewirkt.

Gegenwärtig ist es nur einem Bruchteil der jungen Menschen – mit oder ohne Bildungsabschluss – gelungen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Manche Jugendliche versuchen gar nicht erst, ihre Bewerbung einer Organisation oder einem Unternehmen zu schicken, da sie das Gefühl haben, sie lande sowieso im Papierkorb, wenn sie nicht gerade jemanden kennen, der ihnen helfen könnte. Andere verzichten auf Anstellungen im

öffentlichen Dienst, und das vor allem aus zwei Gründen – erstens wegen der geringen Gehälter, die nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt würdig zu bestreiten, und zweitens aufgrund der mangelnden Übereinstimmung der Stellen mit ihrem akademischen Profil. Wer möchte schon nach einem fünfjährigen Hochschulstudium nur einfache Arbeiten ausführen? Im privaten Sektor besteht das ständige Hindernis der fehlenden Erfahrung. Doch wie soll man Erfahrungen sammeln, wenn es dazu keine Gelegenheit gibt?

Trotz all dieser Hindernisse lebt in Tunesien die Hoffnung auf eine bessere Zukunft weiter.

Amine Mohamed Kasasoui

WARUM EINEN SCHLEIER TRAGEN?

Auf unserer Studienreise nach Tunesien habe ich mehrere Frauen befragt: Studentinnen, Reiseleiterinnen, Leiterinnen von Organisationen usw. Sie haben mir folgende Antworten gegeben:

- „Ich tragen einen Schleier, weil ich es schön finde.“
- „Mein Mann bittet mich darum.“
- „Ich trage keinen Schleier, bete jedoch fünfmal am Tag. Meine Kusinen hingegen tragen einen Schleier, beten aber nicht...“
- „Ein Schleier ist schick!“
- „Einige meiner Freundinnen tragen einen Schleier, um bestimmte Probleme im Gesicht zu verbergen (Pickel, Narben usw.).“
- „Es kommt vor, dass Frauen einen Schleier tragen, da ihre Ehemänner andernfalls von den Nachbarn oder Kollegen kritisiert werden.“
- „Es gibt auch Frauen, die nur an bestimmten Orten einen Schleier tragen, um nicht belästigt zu werden.“

Diese Antworten sollten genauer geprüft werden, damit wir uns einen objektiveren und vollständigeren Überblick zu dieser Frage verschaffen können.

Jean Marie BEAUPUY

TUNESIEN: EIN HISTORISCHES MEDITERRANES KALEIDOSKOP

Entdeckt von den Phöniziern, bedroht von den Griechen, dem Römischen Reich einverleibt, christianisiert durch die Christen, erobert durch die Vandalen und die Byzantiner, islamisiert von den Arabern, angegriffen durch die Kreuzfahrer, verwaltet von den Türken, beansprucht von europäischen Mächten, kolonialisiert von den Franzosen: Tunesien hat jeden Machtwechsel rundum das Mare Nostrum hautnah miterlebt und schrieb mit dem Arabischen Frühling selbst Geschichte.

Um 1100 v. C. beherrschten die Phönizier die mediterranen Handelsrouten, bevor sie 300 Jahre später Karthago gründeten, dessen Macht sich über den westlichen Teil des Mittelmeers ausbreitete. Der Konflikt mit Rom über Sizilien führte zu den Punischen Kriegen, die von 264 bis 146 v. C. andauerten. Dieses hegemoniale Duell hatte unermessliche Folgen für die Weltgeschichte: Es führte zum Aufstieg des Römischen Reiches! Das zerstörte Karthago

wurde im Jahre 44 v. C. von Caesar großflächig kolonialisiert und blieb während des Kaiserreiches ein Mittelpunkt für Handel, Gewerbe und Kultur, mit einer legendären reich verzierten römischen Architektur.

Das Christentum fiel dort auf fruchtbaren Boden. Die Diözese Karthago brachte nach Rom die meisten christlichen Schriftsteller des Altertums hervor, darunter den Kirchenvater Augustinus. Die Ankunft des grausamen Geiserich mit seinen Vandalen im Jahr 439 brachte den orthodoxen Christen Tod und Verderben. Aufgrund der Schwäche seiner Nachfolger beschloss der byzantinische Kaiser Justinianus eine Invasion und Besetzung des Landes, um das Römische Reich wiederherzustellen.

670 fielen die Araber endgültig in das Land ein, trotz des heftigen Widerstands der Byzantiner und der Berber. Auf einer unberührten Fläche wurde die Stadt Kairouan gebaut, die lange Zeit eine der wichtigsten Städte der mohammedanischen Welt war. Tunesien wurde von mehreren Dynastien regiert. Unter den Hafsiden fängt im Jahr 1236 eine neue Blütezeit an, die über drei Jahrhunderte anhält und nur vorübergehend von dem Kreuzfahrer, König Ludwig IX, gestört wird. Die einträgliche Piraterie und der Gewinn bringende Sklavenhandel im Auftrag der Sultane von Istanbul führten Mitte des 16. Jahrhunderts zu einer türkischen Verwaltung unter Führung eines Bey. Als die Macht des Sultans schwand, wurde die Herrschaft des Bey zunehmend zu einer absoluten Erbmonarchie. Das Verbot des Sklavenhandels (1819) und das Verschwinden der Seeräuberei nach der Eroberung Algeriens durch die Franzosen (1830) führten das Land an den Rand des Bankrotts. Darlehen aus dem Ausland machten den Bey de facto gefügig. Um die Ambitionen Italiens und Großbritanniens in Afrika zu durchkreuzen, bot Paris ihm Schutz an. Der Bey behielt sein Amt unter der Voraussetzung, dass er das Protektorat Frankreichs akzeptierte (1881).

Diese Assimilationspolitik stieß sofort auf einen schlummernden Widerstand. Der erwachende tunesische Nationalismus nahm 1920 mit der Gründung der Destour-Partei Gestalt an, die sich jedoch bald in einen konservativen und einen progressiven Flügel spaltete. Aus letzterem entstand 1933 die Neo-Destour-Partei der schillernden Figur Habib Bourguiba, der nach dem Zweiten Weltkrieg trotz seiner maßlosen Forderungen Frankreich 1957 am Konferenztisch dazu brachte, die Unabhängigkeit einer Präsidialrepublik Tunesien anzuerkennen. Präsident Bourguiba ersetzte die traditionelle mohammedanische Gesellschafts- und Rechtsstruktur durch moderne Konzepte, vertrat in Bezug auf den arabisch-israelischen Konflikt eine eigensinnige Außenpolitik und schloss einen Assoziationsvertrag mit der EWG ab. Seine Pläne für eine genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft schlugen fehl. Nachdem er 1969 zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt worden war und fünf Jahre später sogar zum Präsidenten auf Lebenszeit, benahm er sich immer mehr wie ein Diktator. Der Staatsstreich des Premiers Ben Ali vom 7. November 1987 wurde für den Vater des Vaterlandes zum Drama, aber schließlich wurde nach zwei Jahrzehnten dank der Jasmin-Revolution vom 14. Januar 2011 ein Drama für das gesamte Vaterland abgewendet. Wird diese den Arabischen Frühling als einzige überleben?

Jan-Willem Bertens

Demokratie lernen: die Zivilgesellschaft nimmt die Dinge in die Hand!

Nach der sogenannten „Jasminrevolution“ in Tunesien Anfang 2011, wurden am 23. Oktober desselben Jahres Wahlen zur „Assemblée Nationale Constituante“ (ANC, verfassunggebenden Nationalversammlung) abgehalten. Das Mandat dieser Versammlung war auf ein Jahr begrenzt. Die islamische Partei Ennahda ging als Sieger aus den Wahlen hervor und setzte sich gegen die zersplitterten säkularen Bewegungen durch, die nachdem es

jahrelang nur ein Einparteiensystem unter dem Regime von Habib Bourguiba und Zine el-Abidine Ben Ali gab, Schwierigkeiten hatten, sich zu formieren.

Als wir 29. September 2013 in Tunesien ankamen, hatte die verfassunggebende Nationalversammlung ihre Arbeit, die nach größeren Demonstrationen, die durch die Ermordung des Abgeordneten der „Front Populaire“ (Volksfront), Mohamed Brahmî, Ende Juli ausgelöst worden waren, noch nicht abgeschlossen waren. Die politische Situation bei unserer Ankunft war unruhig und ungewiss. Während wir mit den wichtigsten Akteuren – dem Präsidenten der verfassunggebenden Nationalversammlung, dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten der Republik und führenden Vertretern politischer Parteien – sprachen, verstanden wir die Bedeutung der Bezeichnungen „Troika“ und „Quartett“, von denen in der tunesischen Presse die Rede war.

Die „Troika“ ist die Koalition, die die Mehrheit stellt und die Regierung bildet. Sie umfasst drei Parteien: Ennahda, die den Ministerpräsidenten stellt, und zwei säkulare Parteien, Ettakatol (der der Präsident der verfassunggebenden Nationalversammlung angehört) und den „Congrès pour la République“ (CPR, Kongress für die Republik), die Partei des Präsidenten der Republik. Die wichtigste Oppositionspartei ist Wahlumfragen zufolge Nidaa Tounes, eine Partei, die bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung nicht einmal bestand, jedoch Abgeordnete anderer Parteien angezogen hat und weiter anzieht.

Und das „Quartett“? Angesichts der instabilen politischen Situation und einer handlungsunfähigen Regierung, der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, der Armut, die ein Rekordniveau erreicht hat, und der Aktivitäten salafistischer Terroristen im Süden des Landes haben sich vier Organisationen der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, um die Politiker dazu zu bewegen, Verantwortung zu übernehmen. Die Gewerkschaft „Union Générale Tunisienne du Travail“ (allgemeine tunesische Gewerkschaft), der Arbeitgeberverband UTICA, die „Ligue Tunisienne des Droits de l’Homme“ (tunesische Liga für Menschenrechte) und der „Ordre des Avocats“ (Anwaltskammer) haben einen Fahrplan veröffentlicht, der für die Politiker verpflichtend sein soll und in dem sie die rasche Annahme der Verfassung, die Vollendung des Wahlgesetzes für die nächsten Parlamentswahlen und die Einsetzung einer unabhängigen Instanz zur Überwachung der Wahlen und des Rücktritts der Regierung fordern, und einen dazugehörigen streng verbindlichen Zeitplan aufgestellt haben.

Auch wenn die Politiker, darunter die führenden Vertreter der Ennahda, wohl grundsätzlich uneins über derartige Zugeständnisse sind, haben sie die Botschaft des Quartetts vernommen. Am 6. Oktober, dem Tag unserer Abreise, fand die erste Sitzung zur Vorbereitung dieses breiten „nationalen Dialogs“ statt, der offiziell am 23. Oktober aufgenommen werden sollte und zur Umsetzung des Zeitplans des Fahrplans und den Rücktritt der Regierung innerhalb von drei Wochen führen dürfte.

Eine Herausforderung, die weiter aufmerksam verfolgt werden muss: Kann der tunesische Frühling ein Beispiel für Vernunft, Mäßigung und den friedlichen Aufbau eines Rechtsstaats mit Vorbildwirkung für den gesamten Maghreb und Nahen Osten sein? Gibt es keine Lehren, die unsere europäischen Länder aus diesem gemeinsamen Engagement der Zivilgesellschaft, insbesondere der Sozialpartner, ziehen könnten, um die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen ein Land, das sich in gravierenden Schwierigkeiten befindet, konfrontiert ist? Wir wünschen uns, dass sich die Demokratie in Tunesien durchsetzt!

Martine Buron

„Eine Revolution ist noch keine Demokratie“

Auf den ersten Blick wirkt der Satz banal, und dennoch spiegelt er vieles von dem wider, was Tunesien in den vergangenen gut zweieinhalb Jahren nach dem Sturz des Langzeitherrschers und Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali durchlebt hat. „Die Revolution ist noch keine Demokratie“, mit diesem Satz rief Beji Caid Essebsi, der damalige Premierminister der Übergangsregierung Tunesiens bereits im März 2012 in Erinnerung, dass der Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mitunter steinig und schwer, vor allem aber nicht linear und automatisch zu bewerkstelligen sein werde. Gute zwei Jahre nach den ersten freien und geheimen Wahlen vom Oktober 2011, die die islamistische Ennahda-Partei zusammen mit den kleineren Koalitionspartnern CPR und Ettakatol in die Regierung brachte, schwankt das Land zwischen politischer Stagnation und der Möglichkeit eines neuen politischen Aufbruchs, wie ihn der für Ende Oktober angekündigte Nationale Dialog darstellt.

Der ursprüngliche Fahrplan für die tunesische Transition war ebenso ambitiös wie zielorientiert: Innerhalb eines Jahres sollte die aus den Wahlen hervorgegangene Verfassungsgebende Versammlung eine neue Verfassung für die zweite tunesische Republik erarbeiten. Doch zahlreiche Verzögerungen, politische Blockaden, gewiss teilweise auch Unerfahrenheit haben den Prozess in die Länge gezogen und das Vertrauen vieler in ihn geschwächt. Hinzu kam eine wachsende und um sich greifende politische Bi-Polarisierung zwischen der regierenden Ennahda, an deren angestrebtem Gesellschaftsprojekt für Tunesien sich zunehmend die Geister schieden. Die Übergriffe von Salafisten und Vandalen auf die US-Botschaft und die amerikanische Schule in Tunis am 14. September 2012, die zunächst mehr oder weniger ungehindert von den staatlichen Sicherheitskräften wüten konnten, kann sicher als eine entscheidende Kehrtwende in der Transition gesehen werden. Den zunehmenden Übergriffen gewaltbereiter Hassprediger und ihrer Jünger stellte die Regierung nur allzu zögerlich das staatliche Gewaltmonopol entgegen. Sicherheit war nunmehr die Priorität der Tunesier, während sich die Arbeiten an der Verfassung dahin zogen und letztlich infolge des zweiten politischen Attentats Ende Juli 2013 ganz zum Stocken kamen. Mehr als 70 Abgeordnete der Opposition hatten vorübergehend ihre Mitarbeit suspendiert, aus Protest gegen die Regierung. Ihre Forderung: Auflösung der Regierung und Bestellung eines Technokratenkabinetts, Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung und Überweisung der Verfassung an ein Expertenkomitee und ein klar definierter Fahrplan bis zu regulären Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Über Wochen erlebte das Land einen politischen Stillstand, den vor allem die Gewerkschaft UGTT mit anderen Partnern versuchte zu überwinden. Sie rief zu einem Nationalen Dialog auf, in dessen Rahmen eine Lösung der politischen Krise gefunden werden sollte. Am 5. Oktober 2013 unterzeichneten alle beteiligten politischen Parteien und Gruppierungen das Konsenspapier, das in der Tat eine neue Regierung der Kompetenzen, den schnellen Abschluss der Verfassungsarbeiten sowie einen fixierten Zeitplan für die verbleibenden Etappen der Transition vorsieht. Doch auch dieser Dialog begann aufgrund der terroristischen Anschläge vom 23. Oktober 2013, zum zweiten Jahrestag der Wahlen, erneut mit Verspätung, da Regierungschef Laarayedh – anders als abgemacht – nicht den Rücktritt seiner Regierung ankündigte, um den Dialog beginnen zu lassen. Einigung konnte erst wieder in letzter Minute erzielt werden, so dass seit Samstag der Nationale Dialog begonnen hat. Es bleibt abzuwarten, ob er zum Erfolg führen wird und nicht wieder von Anschlägen begleitet torpediert wird. Für die politischen Entscheidungsträger und Vertreter der Zivilgesellschaft gilt nunmehr noch mehr als zuvor, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden müssen, damit Demokratie gelernt und sich eine politische Kultur des Vertrauens entwickeln kann.

Dr. Hardy Ostry

Quartett für den Konsens und für das Volk

„Gewerkschaft: eine Vereinigung, die zur Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder gegründet wird.“

Vor drei Jahrzehnten stellten die Mäßigung der Gewerkschaften und ihr Sinn für soziale Verantwortung wichtige Erfolgsfaktoren für den politischen Übergang in Spanien dar. Allerdings geschieht es zum ersten Mal, dass ein führender Gewerkschafter mir zu Beginn eines Treffens ankündigt: „Wir werden weder über Wirtschaft noch über soziale Fragen sprechen!“

Die VEM-Delegation erreichte Tunis zu einem entscheidenden Zeitpunkt. Die tunesische Revolution, die zwei Jahre zuvor begonnen und den Arabischen Frühling ausgelöst hatte, war zum Stillstand gekommen, ins Stocken geraten in einem langwierigen und zermürbenden Verfassungsprozess, der dazu geführt hatte, dass zahlreiche Mitglieder des Parlaments aus ihren ursprünglichen parlamentarischen Fraktionen ausgetreten waren und dass selbst die wichtigste Fraktion in der Opposition – der aktuellen Umfragen zufolge ein gutes Wahlergebnis prognostiziert wird – die Verfassungsgebende Nationalversammlung verlassen hat. Die beiden aufeinanderfolgenden Morde an zwei Abgeordneten der linken Opposition trugen selbstredend auch nicht zu einer Entspannung der Lage bei.

Und gerade einige Tage vor unserer Ankunft legte das sogenannte „Quartett“ einen Vorschlag vor, durch den erneut Bewegung in den Prozess zu kommen scheint. Wie setzt sich das Quartett zusammen? Zum einen aus der Anwaltskammer und der Tunesischen Liga für Menschenrechte, also aus zwei Organisationen, deren Neigung zum politischen Handeln für niemanden eine Überraschung darstellt. Andererseits allerdings beteiligen sich der UTICA (der tunesische Arbeitgeberverband) und die UGTT (der tunesische Gewerkschaftsdachverband). Hier möchte ich näher auf die Rolle der UGTT eingehen, einer äußerst einflussreichen Gewerkschaft, die laizistisch ausgerichtet ist und traditionell über einen großen gesellschaftlichen Rückhalt verfügt. Sie stand mit der von Habib Bourguiba gegründeten Partei Neo-Destour in Verbindung und legte während der Amtszeit von Zine el-Abidine Ben Ali ein zwiespältiges Verhalten an den Tag, da einige Gruppierungen verbürgerlichten, andere jedoch die Speerspitze der Opposition bildeten.

Das Quartett schlug also einen Fahrplan zur Vollendung des Verfassungsprozesses vor. Der Fahrplan soll in zwei Etappen vollzogen werden: zunächst der Zeitplan für den Abschluss der Tätigkeiten der Verfassungsgebenden Nationalversammlung; anschließend der Zeitplan zur Ablösung der Regierung, die für ein Jahr ernannt worden war, allerdings seit nunmehr beinahe zwei Jahren in Amt ist.

Was den Verfassungsprozess betrifft, muss dieser binnen vier Wochen nach Annahme des Fahrplans erfolgreich abgeschlossen sein: In der ersten Woche ist die Errichtung einer neuen unabhängigen höheren Wahlbehörde vorgesehen, so dass der ordnungsgemäße Verlauf der anstehenden Wahl durch eine Wahlkommission sichergestellt wird; vor Ablauf der dritten Woche müsste über ein neues Wahlrecht abgestimmt werden, um anschließend den Wahltermin sowohl für die Präsidentschafts- als auch für die Parlamentswahl festzulegen; gleichzeitig soll mit Unterstützung einer Sachverständigengruppe der Entwurf der neuen Verfassung – der zwar weit fortgeschritten, allerdings seit Monaten ins Stocken geraten ist – fertiggestellt und darüber abgestimmt werden. Was die Regierung betrifft, wäre die erste Woche dazu bestimmt, den künftigen Regierungschef zu wählen; zwei weitere Wochen stünden zur Verfügung, um ein Kabinett aus Sachverständigen zu bilden, das sich verpflichten würde, bei der darauffolgenden Wahl nicht wieder anzutreten. Im Anschluss würde die derzeitige Regierung zurücktreten und die neue Regierung sich dem Vertrauensvotum stellen.

Der Vorschlag des Quartetts, den nationalen Dialog auf der Grundlage des Fahrplans wieder aufzunehmen, stieß in der Öffentlichkeit auf eine sehr positive Resonanz, fand anfangs beim starren politischen Establishment jedoch nur geringen Zuspruch. Nachdem der erste Schock verdaut war, wurde der Vorschlag von allen im Parlament vertretenen Parteien – selbst von denen, die sich selbst aus der Verfassungsgebenden Versammlung ausgeschlossen hatten – akzeptiert, und als wir Tunis verließen, wurde die Umsetzung des Fahrplans erneut in Angriff genommen. Und wenn dieser Artikel veröffentlicht wird, werden wir wissen, ob der Erfolg, den wir ihnen wünschen, auch eingetreten ist.

Joan Colom I Naval

Tunesien als gutes Beispiel des Arabischen Frühlings ?

Der fast 3 jährige politische und ökonomischen Stillstand in Tunesien, einem mit der EU verbundenen Partnerland gab einen interessanten Hintergrund zu der diesjährigen fact-finding-mission der ehemaligen EU-Abgeordneten. Besonders die Morde an 2 Oppositionspolitikern, die Besetzung und Bedrohung der amerikanischen Botschaft und die zunehmende autokratische Haltung der Übergangsregierung hat die Aufmerksamkeit auf Tunesien gelenkt.

Die bei der Wahl entstandene islamische Mehrheitspartei Ennahda, als Koalition mit 2 kleineren Parteien als Troika bezeichnet, regiert mehr alleine aus ihrer Parteizentrale heraus und verzögert offensichtlich die Entwicklung einer Verfassung , um vor der nächsten Wahl die wichtigsten Posten mit ihren Leuten zu besetzen.

Die Lage wird von der Presse und einem gut Teil der Bevölkerung als bedrohlich für die in der Revolution erkämpfte ‚Demokratie‘ angesehen, da autokratische Maßnahmen gegen die Pressefreiheit klar den Willen zu einem religiösen Staat erkennen lassen.

Etwa die Schlechterstellung der Rechte der Frau als nicht ‚gleich‘ zu Männern, sondern ‚komplementär‘ in einem geplanten Verfassungsartikel zerstört viele Hoffnungen auf die Entwicklung Tunesiens.

Der politische Stillstand hat auch zu einer Wirtschaftslähmung geführt: die versprochenen Reformen wurden verschoben, wie Liberalisierung der Märkte, insbesondere des Dienstleistungssektor oder die Öffnung der Arbeitsmärkte, die noch stark von Autorisierung und Lizenzrechten geprägt sind und newcomers oder Kleinunternehmern das Wirtschaften(ohne Extrazahlungen an die Autorisierer) erschweren.

Im Regionalvergleich mit Ägypten, Jordanien und d Marokko fiel Tunesien jetzt weit zurück. Der Absturz der Börse in den letzten Monaten ist nur ein Zeichen, die stark ansteigende Arbeitslosigkeit von 16% auf 33 % schuf eine bedrohliche Lage.>

Die EU-Verzahnung, besonders mi Deutschland, Frankreich und Spanien sowohl im Tourismus wie auch im Export/Import ist mit 75% (77%) besonders hoch. 33 % aller im Ausland arbeitenden Tunesier befinden sich in der EU.

Hunderte von EU Programmen wollen helfen: von Mikrokrediten bis Klärung von Industrie-Abwässern zur Mittelmeerwasser-Verbesserung, auch zur größeren Effizienz der Wettbewerbsfähigkeit und der Dienstleistungen, sowie der Solarenergie ergeben ein finanzielles Engagement der EU mit 214 Mio € in 2012. Zusätzlich laufen Kredite der EIB, insgesamt 4,4Mrd. in 2012.

Die während der Diktatur von Bourgiba und Ben Ali an auch in der vorherige Kolonialzeit zu Besitz gekommen Oberschicht lebt in prächtigen Vierteln zumeist an der Küste. Diejenigen, die in den letzten Jahren sich ein besseres Apartment leisten wollten, sehen nur noch nach

allen Insolvenzen die Betongerippe der in Pleite gegangenen Bauunternehmen, wenn sie nicht selbst alles verloren haben dabei.

Sicher hat die frühere stabile Zeit nicht nur die Abfallbeseitigung besser gewährleistet, sondern auch stabiles Investitionsklima und guten Tourismus.

Die jetzt noch größeren deutschen Investitionsfirmen hoffen auf schnelles politisches Handeln der Zivilgesellschaft, die im sog. Quartett aus Gewerkschaft, Arbeitnehmer- und Juristenverband und Menschenrechtsgesellschaft sich einschaltete, um die politisch und ökonomisch schädliche Instabilität mit Druck auf Abstimmung der neuen Verfassung und Neuwahl zu beenden.

Ursula Braun-Moser

Mit vielen Mikrokrediten viele Hoffnungen schaffen in Tunesien: unser Besuch bei ENDA

Das erste Mal hatte ich das Logo von ENDA (environment, development en Afrique) auf der UNO Konferenz zu Habitat 1995 in Istanbul gesehen. Eine wichtige NGO, 1990 gegründet, mit Hauptsitz im Senegal.

Dann sahen wir das schöne Logo in Tunis in einem modernen Geschäfts- und Bürohausbezirk, in dem wir die Boutique mit ihren fair trade Produkten aus Kooperativen und Projektträumen von ENDA besuchten und der Mitgründer Michael Cracknell uns die Geschichte und Erfolge präsentierte eines Teams mit vielen Frauen, zweier Generationen.

An den Wänden hingen Fotos von prominenten Gästen bei ENDA: -interarabe- das in Tunesien 1995 gegründet wurde: Hilary Clinton, die Königin von Spanien, die Prinzessin von Jordanien, die ich seit der Weltfrauenkonferenz in Peking als engagierte Frauenrechtlerin kenne, eine französische Ministerin, doch kein Prominenter aus dem Norden Europas bisher. ENDA wurde mehrfach ausgezeichnet, auch mit dem Grameen Jamel Preis für Mikrokredite in der arabischen Welt zur Armutsbekämpfung, die in der Tradition der Grameen Bank in Bangladesh stehen.

Die Revolution von 2011 hat sich auch in der Arbeit von ENDA niedergeschlagen. Es gab einige finanzielle Unsicherheiten, es wurde mehr diskutiert, ENDA erwies sich auch in der globalen Finanz- und Ennahda Budget Krise als nah den Problemen ihrer Kunden, flexibel, um bei neuen Problemen soziale Stabilität für das Umfeld ihrer Kundinnen zu schaffen, die inzwischen auch mobile Banking gelernt haben.

Es ist beeindruckend, dass inzwischen um die 240 000 Mikrokredite vergeben werden, die meisten Kredite nur zwischen 400 und 1000 Euro und nur sehr wenig Geld abgeschrieben werden muss. Das liegt wohl auch daran, dass die meisten Kredite an Frauen gehen, einige an Jugendliche. Die Projekte werden von um die 58 Kreditmanagern betreut, junge Computerfachfrauen dabei, Ingenieurstudenten und Sozialarbeiterinnen mit und ohne Kopftuch und reichen bis weit in den Süden des Landes in vernachlässigte Regionen und Armutsviertel in und um Tunis, wo wir auch ein Büro vor Ort besuchten, für das wir erst ein typisches Männercafé durchqueren mussten. Die Lebensgeschichten von einigen, die ihre Ausbildung, ihre Erfahrung mit den Mikrokrediten beschreiben sind berührend.

Zusammen mit Ursula Braun Moser und einem Projektmanager, der Soziologie studiert hat, fuhr ich mit einer Klapperkiste von Auto aufs Land, über staubige Straßen, am Rande viele Felder, wo Plastikflaschen zu wachsen schienen und Plastiktüten, dazwischen hungrige Schafe, Ziegen und einige Kühe sogar, viele Olivenplantagen, auf denen die Männer und Jungen, die wie in den Cafés unter sich sitzen oder rumhängen, rauchen, Kaffee trinken sahen, waren frei von Plastikmüll gehalten.

Wir landeten in einem verlassenem Dorf, was nicht einmal eine kleine Moschee hatte oder eine Art Zentrum, nur Esel, Hunde, Katzen, Hühner und alte und junge Frauen, die schon vor dem Kiosk neugierig auf uns warteten. Die INhaberin des Kiosk führte uns in ein gut aufgeräumtes, sauberes Wohnzimmer mit Fernseher, Schrank, Teppich, Vasen und dann durch die Küche in ihren kleinen Laden, den sie mit einem Mikrokredit betreibt. Es war wie ich es aus meiner Kindheit im Dorfladen kenne, TOilettenpapier, Tomatensausse, Kaugummi, Putzlappen, Spaghetti, COuscous natürlich und KOnserven, aber auch Eis am Stiel, wovon wir zum ABSchied eines geschenkt bekamen. Die kleine Tochter und ihr kranker Mann, der einen Unfall erlitt, gehören zum Familienbetrieb, der auch eine Art Nachbarschafts und Kulturzentrum ist, da man da einfach mal durchs Fenster schaut und schwatzt. Die Frau schien sehr zufrieden, dass sie so ihre Familie ernähren und die Tochter zur SCHule schicken kann, sie genießt Respekt der Dorfbewohner. Der PROjektmitarbeiter hat eine feine Art, sich auf die Lebensgeschichten dieser Menschen einzulassen und sie zu beraten. Enda moechte zu einer kOoperative wachsen, was in Zeiten der Stagnation nach der Revolte ein Hoffnungszeichen der Solidarität auch durch die EU sein koennte.

Eva Quistorp

Freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit

Seit der Revolution und der Flucht von Ben Ali erfreuten sich die tunesischen Medien größerer Freiheiten, was jedoch eine erhöhte Zahl an Angriffen auf und Verhaftungen von Journalisten und Menschenrechtsaktivisten nicht hat verhindern können.

Die Verhaftung des Fernsehkameramanns, der einen Mann dabei gefilmt hatte, wie er Tunesiens Kulturminister mit einem Ei bewarf, ist ein beredtes Beispiel für die Unfähigkeit der Behörden, die behaupteten, er habe gegen die öffentliche Moral verstoßen. Tatsächlich wurde der Kameramann festgehalten, weil er seine Arbeit getan hatte, und dies schadet dem Ruf Tunesiens und den Behauptungen, die Pressefreiheit zu fördern.

Von der bei der Wahl zu einer verfassunggebenden Versammlung am 23. Oktober 2012 siegreichen Islamistischen Partei hätte mehr in Richtung freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit erwartet werden können. Deren Haltung äußert sich häufig so, dass Opposition und Kritik der Medien gegenüber der Übergangsregierung als „tunesienfeindlich“ angesehen werden, was selbstverständlich nicht der Fall ist. So etwas nennt man Demokratie.

Die Unabhängigkeit von Rundfunk und Fernsehen wurde in Frage gestellt, nachdem sich immer neue Radiosender und Fernsehkanäle über das ganze Land verbreiteten, von denen sich viele im Besitz von Anhängern der regierungsnahen Ennahda Partei befinden, was zur Zensur durch die machthabende Partei und ihre Verbündeten führt.

Es wird behauptet, die Schaffung neuer Sender und die Professionalität hätten nicht mit den neuen Freiheiten Schritt gehalten. Dieser Mangel an Professionalität stellt ein echtes Problem dar, und es wird Zeit brauchen, diesbezüglich Abhilfe zu schaffen. Doch es ist schwierig, mehr von jenen zu verlangen, die noch vor zwei Jahren jegliche Freiheiten ablehnten.

Bei einem Treffen mit dem BBC Korrespondenten in Nordafrika wurde klar, dass trotz größerer Freiheiten weiter Anlass zu Sorge besteht – obwohl die Revolution dazu geführt hat, dass die Köpfe des Systems abgesetzt wurden, besteht das System selbst weiter und es wird lange dauern, bis sich etwas ändert.

Mehrere Journalisten, unter ihnen auch der Chefredakteur einer arabischen Tageszeitung, äußerten sich besorgt über den explosionsartigen Anstieg der Zahl von Bloggern fragwürdiger Qualität, die nicht ernst genommen werden sollten, sowie über die Bedeutung einer klaren Unterscheidung von Bloggern und professionellem Journalismus.

In Tunesien nutzen über vier Millionen Menschen das Internet, was ungefähr 40 % der Bevölkerung entspricht. Die Nutzung von sozialen Netzwerken während der Aufstände von 2011 veranlasste manche Kommentatoren dazu, die Ereignisse als „Facebook Sieg“ oder „Twitter Revolution“ zu bezeichnen.

Es war ein echtes Privileg, mit Studenten der tunesischen El Manar Universität zusammenzutreffen, allerdings auch beunruhigend, von einer Reihe Studierender deren Sorgen vorgetragen zu bekommen, weil ihnen die Möglichkeit zur Gründung eines studentischen Debattierclubs verwehrt wurde.

Ein anwesender ranghoher Bediensteter antwortete auf diese Kritik – meiner Ansicht nach wenig überzeugend –, dass Wohnungsknappheit herrsche und keine Räume für studentische Aktivitäten wie Debattierclubs verfügbar seien.

Eine Universität, die einen Studentendebattierclub verbietet, sollte ihr Wertesystem und ihren Bildungsauftrag hinterfragen, gerade weil Tunesien als der Ausgangspunkt des Arabischen Frühlings und als das Flaggschiff der Demokratie in Nordafrika und dem Nahen Osten gilt.

Die freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit müssen im Zentrum der so oft zitierten „Road Map“ zur Demokratie stehen, wenn Tunesien die Fähigkeiten und Erfahrungen seines Volkes, insbesondere von Frauen und jungen Menschen, wirklich nutzen möchte.

Michael McGowan

Die Feministinnen der nordafrikanischen Nachbarstaaten blickten neidvoll auf ihre tunesischen Schwestern, die 1956 nach dem Personenstandsrecht Männern gleichgestellt wurden und bei Verbot der Polygamie das Recht auf freie Partnerwahl und ein zivilrechtliches Ehe- und Scheidungsrecht hatten. Dass das so bleibt, ist die zentrale Zukunftsfrage - nicht nur für viele Frauengruppen der Zivilgesellschaft, sondern auch für kampfstärke Organisationen wie der Gewerkschaft UTTG.

Es gibt Hardcore-Islamisten, die am liebsten alle Frauen bis auf einen Sehschlitz voll verschleiern und alle Mädchen der brutalsten Form der Beschneidung ausliefern würden, aber dafür dürfte keine Mehrheit in Sicht sein. Allerdings können sie Angst einflößen, nicht zuletzt durch die feigen Morde an säkularen Politikern. Für Besucher von ausserhalb ist es schwer zu beurteilen, ob eine Frau ein Kopftuch aus eigenem Antrieb oder aus Zwang trägt. Noch schwerer ist zu beurteilen, ob Frauen mit Kopftuch für die rechtliche Gleichstellung der Frau eintreten oder eben nicht. Beides ist möglich.

Fest steht, dass in die Verfassungsdiskussion von islamischer Seite nicht die Geschlechtergleichheit, sondern die "Komplimentarität" der Frau als Partnerin des Mannes eingebracht wurde und somit die Öffentlichkeit hoch sensibilisiert hat. Infolge wütender Proteste wurde die Formulierung zurückgenommen, aber das Misstrauen ist geblieben. Die Ennahda-Vizepräsidentin wurde nicht müde, mir in die Hand zu versprechen, an den Frauenrechten würden keine Abstriche gemacht - aber auch ich habe mich gefragt, ob man ihr glauben kann und ob sie notfalls stark genug sein würde, dies in ihrer Partei durchzusetzen.

Die tunesische Frauenbewegung ist trotz einer Quotenregelung für das Parlament weiterhin auf die Schlagkraft der Nichtregierungsorganisationen angewiesen. Der Frauenanteil erreichte bei der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 zwar durchaus ansehnliche 26,7 Prozent - aber die Sitzverteilung entfiel höchst einseitig zu Gunsten der islamischen Ennahda-Partei, denn der "Reissverschluss" kommt zur zum Tragen, wenn die Parteien entweder eine Frau auf den Spitzenplatz setzen oder mehrere Abgeordnete ins Parlament entsenden können. Die völlige Zersplitterung der Opposition, die in den weitaus meisten Fällen nur den Einzug des Spitzenkandidaten in das Parlament zur Folge hatte, hat den Frauen wichtige parlamentarische Stimmen genommen. Man kann nur

hoffen, dass die Opposition sich darauf besinnt, dass nur starke Blöcke politische Durchschlagkraft oder sogar Regierungsfähigkeit mit adäquater Unterstützung durch Frauen erzielen können.

Fast jedes Mädchen geht heute in Tunesien zur Schule, Analphabetismus war gestern. Aber Frauen stellen nur 30 Prozent der Beschäftigten und konzentrieren sich auf wenige Tätigkeitsbereiche, sie verdienen weniger als Männer und sind deutlich häufiger arbeitslos (26,6 Prozent Frauen, 14,9 Prozent Männer) . Bei Geschlechtergleichheit geht es um viel mehr als formelle Gleichheit, es geht auch um breit angelegte Frauenförderung mit dem Ziel, die bestehenden Ungleichheiten zu überwinden. Das gilt auch für althergebrachte Traditionen, die z.B. trotz eines liberalen Schwangerschaftsabbruchgesetzes unverheiratet schwanger gewordene Frauen weiterhin in die Illegalität treiben . Weitgehend schutzlos sind geschiedene Frauen, die zu erschreckenden 67,3 Prozent physischer und/oder psychologischer Gewalt ausgesetzt sind. Auch ohne weitere Islamisierung gibt es genug zu tun für eine geschlechtergerechte Gesellschaft!

Karin Junker

Was antworten wir den jungen Leuten?

Tunesien – ein liebenswertes Land am Mittelmeer! Wir konnten Tunesien ins Herz schauen! Seine Jugend: gut ausgebildet, gut vernetzt – und wütend! Wütend durch Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit! In mancher Gegend gibt es über 50 % Arbeitslose – und, so bestätigt das Ministerium für Arbeit offiziell: Von 800.000 Arbeitslosen haben 71 % ein geistes- oder gesellschaftswissenschaftliches Studium. Einige kehren dem Land den Rücken, andere setzen auf „active citizenship“, Startups und KMUs, auf Jobs in der freien Wirtschaft im In- und Ausland (und nicht zu 80 % beim Staat), auf ausländisches Investment.

Doch noch fehlt eine effiziente Sicherheit versprechende Infrastruktur!

Wir kamen am 28. Oktober 2013 in Tunis an – und verließen es wieder am 6. Oktober 2013. Zwei Daten, an denen ein weiteres historisches Kapitel in der Entwicklung des nordafrikanischen Maghreb-Staats Tunesien geschrieben wurde.

Dem „Arabischen Frühling“ folgten dramatische Umbrüche! Es gab zwar in Tunesien durch freie Wahlen eine neue islamistische Regierung. Diese allerdings, schreiben die Zeitungen am Sonnabend, dem 28.09.2013, dem Tag unserer Ankunft, stehe nun allerdings vor dem Aus. Nach wochenlanger Krise. Besonders junge enttäuschte Tunesier protestierten! Dies zeige nun Früchte:

Am Sonnabend, dem 5. Oktober 2013, vermeldeten die Medien:

In Tunesien haben sich die regierende islamistische Ennahda-Partei und die (weltliche) Opposition auf den Beginn des „Nationalen Dialogs“ und die Bildung einer Übergangsregierung in Form eines Experten-Kabinetts, einer Technokraten-Regierung, geeinigt! Nur Makulatur? Der angekündigte Rücktritt des Regierungschef erfolgte bis heute nicht!

Solidaritätsaufrufe werden laut: Tunesien dürfe den Übergang in die Demokratie nicht verpassen!

Beseitigt werden müssen: fehlende Mitbestimmung der Bürger; Korruption in Staat, Wirtschaft und Verwaltung; fehlende Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Frauenrechte

sowie der ausgeprägte Sicherheitsapparat und steigende Armut durch höhere Lebensmittel- und Energiepreise. Vor allem müssen Arbeitsplätze her!

Niemand solle glauben, dass all das nur gefühlte Verlust-Werte sind. Zudem vernetzt die Internetkommunikation unserer heutigen globalen Welt nicht nur die Hauptstadt Tunis oder die vielfach touristisch genutzte Küste, sondern auch die entlegenen Regionen Tunesiens.

Die Jugend Tunesiens war und ist in der ersten Reihe bei der Umwandlung ihres Heimatlandes dabei! Sie ist aufgeklärt, arbeitswillig, wissbegierig, mutig und lerneifrig. Davon konnten wir uns bei unseren Besuchen in den Universitäten überzeugen.

Sie bewegt sich zwischen neuer Freiheit und islamischer Gesellschaftskontrolle – ein Spagat! Sie erwartet viel von der Kultur- und Bildungspolitik in Tunesien und nimmt mit Kraft und Energie teil an Kursen und Seminaren der verschiedenen internationalen Stiftungen.

Die jungen Leute kämpfen für ihre gesellschaftliche Teilhabe. Sie sind auf der Suche nach einer Zukunft und hoffen, fit zu werden für den Arbeitsmarkt!

Ihre Wut hat sie nicht gelähmt, sondern macht sie erfinderisch und noch neugieriger! Sie wollen den politischen Neustart! Dafür sind sie auch unverzichtbar! Also müssen wir ihre Fragen nach dem Wohin und Wie und Wann so ehrlich wie möglich beantworten – mit Angeboten wie das „EP to Campus“ Programm, der Umsetzung der verschiedenen EU Nachbarschaftsprogramme, mit Handreichungen aus der Wirtschaft und dem Handwerk zur Bildung und Weiterbildung, für Arbeitsplätze und Fachkräfteaustausch.

UTICA (The Tunesian Union for Industry, Commerce and Handicrafts) und der tunesische Think Tank (Le Cercle des Economistes de Tunisie) arbeiten ebenfalls daran!

Dieser Blick auf Tunesien tut auch uns Europäern gut: Dass wir uns wieder vermehrt auf unsere Grundwerte wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität besinnen! Das der Jugend Tunesiens zu erzählen, ihnen zuzuhören und ihnen unsere persönliche Hilfe anzubieten, das alles wäre eine gute Antwort!

Brigitte Langenhagen

Die Amerikas und Länder Afrikas stehlen Europa die gleichstellungspolitische Show

Alljährlich trifft sich eine grosse Runde von Wahlbeobachtungsexperten aus aller Welt, um Erfahrungen zusammenzutragen und Empfehlungen zu entwickeln, wie in Konfliktregionen vorzugehen ist, welche demokratischen Regeln umzusetzen und welche Schlussfolgerungen für das Follow-up zu ziehen sind. Nach dem Treffen im vergangenen Jahr in Washington unter dem Dach des National Democracy Institute (NDI), bei dem es vor allem um die Rolle der nationalen Beobachter in den Wahlländern ging, war der Gastgeber des diesjährigen achten Treffens die OSZE in Warschau, an dem ich erneut als Vertreterin der Global Democracy Initiative teilnehmen durfte.

Rund 70 Teilnehmer tauschten sich drei Tage über in einem engen Zeitrahmen über die Rolle der Wahlbeobachtungen in Konfliktregionen, den Einsatz neuer Abstimmungstechnologien, über die Anforderungen der Finanzierung von Wahlkampagnen, die Notwendigkeit der Transparenz dieser Prozesse etc. aus. Auch Gender Issues waren diesmal an prominenter Stelle eingepplant. Bei einem "Women's Power Breakfast", an dem auch eine Reihe interessierter Männer teilnahm, wurde u.a. mit der Europaabgeordneten Fiona Hall im Panel erörtert, inwieweit die Beteiligung von Frauen an Wahlbeobachtungsmissionen dem

Gendermainstreaming-Prinzip entspricht. Das Fazit: es ist noch viel zu tun, um Frauen den gleichberechtigten Weg in das politische und öffentliche Leben zu ebnen, egal ob als Wählerin, Kandidatin oder Beteiligte in der entsprechenden Administration.

Das war dann auch der Ansatz meines Beitrags in einer nachfolgenden Arbeitsgruppe, mit dem ich immerhin Erfolge aufzeigen konnte:

gemessen an der Situation 1995, dem Jahr der Weltfrauenkonferenz in Peking, konnten bis 2012 signifikante Fortschritte erreicht werden.

Der Anteil von Frauen in den Parlamenten stieg laut dem jüngsten Bericht der Interparlamentarischen Union (IPU) immerhin von 11,3 auf 20,3 Prozent. Wer glaubt, dass Europa an der Spitze der Bewegung steht, irrt sich. Das sind die Amerikas, vor allem Lateinamerika. Die strengsten Quotenvorschriften gibt es in Ländern wie Mexiko oder Algerien. Hier werden die Listen der Parteien konsequent zurückgewiesen, wenn sie den Quotenvorschriften nicht entsprechen. Damit hat Algerien einen Frauenanteil von 31,6 Prozent erreicht, Mexiko sogar von 36,8 Prozent im Unterhaus und 32,8 Prozent im Oberhaus. Noch markanter sind die Erfolge im Senegal, wo die Justizministerin Aminata Toure gerade zur Premierministerin aufstieg, mit einem Frauenanteil von 42,7 Prozent oder Ost-Timor mit einem Frauenanteil von 38,5 Prozent.

Den weltweit höchsten Frauenanteil hatte Ruanda mit 56 Prozent. Eine der Erfahrungen, die in Warschau belegt werden konnten, ist die Tatsache, dass es Frauen sind, die nach Bürgerkriegen und in Konfliktregionen in hohem Mass Krisensituationen bewältigen und zum Wiederaufbau beitragen.

Europa steht im Weltranking an zweiter Stelle und das auch nur wegen der hohen Frauenanteile in den skandinavischen Parlamenten.

Sogar das französische Paritäts-Gesetz hat sich als weitgehend wirkungslos erwiesen. Die männlichen Platzhirsche der grossen Parteien nehmen lieber finanzielle Strafen in Kauf, als sich die Mandatssitze mit Frauen zu teilen. So verlor die Sarkozy-Partei über vier Millionen Euro als Strafe dafür, dass sie nur mit 26 Prozent Frauenanteil aufwartete. Ohne Quotensysteme und Wahlrechtssysteme, die Frauen echte Chancen bieten, und ohne Sanktionen, die auch wirklich greifen, geht es nicht! Mehrheitswahlssysteme zu durchbrechen, ist für Frauen fast aussichtslos.

Subsahara-Afrika ist Europa dank enormer Steigerungsraten auf den Fersen. Die nationalen und europäischen Parteien in der EU sowie das Europäische Parlament wären daher gut beraten, in die Offensive zu gehen. Sie pochen gern auf die Gleichstellung der Geschlechter, haben auch viel erreicht, aber der Alleinvertretungsanspruch ist schon längst dahin. Das ist die Lehre von Warschau! Das nächste Treffen findet in Asien statt. Hier ist gleichstellungspolitisch noch sehr viel nachzuholen.

Karin Junker

Bewältigung der urbanen Herausforderungen der Städte des Südens mithilfe des Programms „Nichtstaatliche Akteure – Lokale Behörden“ der Europäischen Kommission

Während meiner Zeit als Mitglied des Europäischen Parlaments zwischen 2004 und 2009 legte ich im März 2007 einen Initiativbericht über „lokale Behörden im Entwicklungsprozess“ vor. Dieser wurde im Europäischen Parlament einstimmig angenommen und führte zur Umsetzung des Programms „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“, dem bis zum Jahr 2013 jährlich 35 Mio. EUR zugewiesen wurden, um Entwicklungsprojekte lokaler und regionaler Behörden zu finanzieren.

Mithilfe dieses Programms können zahlreiche Herausforderungen in Angriff genommen werden, denen sich die lokalen Behörden in südlichen Ländern gegenübersehen, wobei insbesondere die rasch voranschreitende Urbanisierung der Städte des Südens eine zentrale Herausforderung darstellt. Das Anwachsen der Städte, das in den kommenden Jahrzehnten insbesondere in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara sowie in Asien eine wichtige Rolle spielen wird, erhöht den Druck hinsichtlich des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen (Verkehr, Wasser, Gesundheitsversorgung usw.) und verschärft die Herausforderungen im Bereich der Entwicklung. Im Jahr 2030 werden mehr als 60 % der Weltbevölkerung in Städten leben (vgl. GOLD-II-Bericht der UCLG).

Wie auch andere Küstenstädte am Golf von Guinea stehen Abidjan und Cotonou vor erheblichen Problemen in Bezug auf ihr Stadtmanagement. Die Bebauung grenzt zu weiten Teilen an Lagunengebiete, in denen gesundheitliche Gefahren und ein hohes Überschwemmungsrisiko drohen. Angesichts dieser Risiken haben Paris, Cotonou und Abidjan beschlossen, mit Unterstützung des Programms „Nichtstaatliche Akteure – Lokale Behörden“, zu dem ich beigetragen habe, gemeinsam Maßnahmen zur Sanierung dieser Gebiete und Verbesserung der Umwelt zu ergreifen.

Im Rahmen dieses Kooperationsprojekts haben sich Paris, Cotonou und Abidjan zusammengeschlossen, um diese gesundheitlich bedenklichen und überschwemmungsgefährdeten Siedlungsgebiete wieder mit Leben zu füllen. Mit einer Summe von 1,2 Mio. EUR, die zu 75 % von der Europäischen Kommission, zu 18 % von der Stadt Paris (im Rahmen des Oudin-Santini-Gesetzes) und zu 7 % von der NRO Agrisud finanziert wird, soll dieses dreijährige Projekt dazu beitragen, das Know-how der Partnerstädte in drei Schritten zu stärken:

- Weiterbildung der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf dem Gebiet der städtischen Raumplanung;
- Erprobung der erlernten Methoden in vier Versuchsgebieten;
- Verbreitung dieses Fachwissens in der Region mithilfe eines praktischen Handbuchs und Feedback-Konferenzen.

Nach Abschluss des Programms werden die vier Versuchsgebiete saniert und neu gestaltet sein. Inmitten dieser besser geschützten Umwelt werden städtische Erholungsgebiete wie Parks, Sportplätze usw. entstehen.

Nach einer Zeit des Stillstands aufgrund der politischen Situation der Elfenbeinküste hat nun die operative Phase des Projekts Paris-Cotonou-Abidjan begonnen. Die Untersuchungen in den Versuchsgebieten sind abgeschlossen, und die Sanierung der vier Lagunengebiete wird im Laufe der Jahre 2013 und 2014 erfolgen.

Bei der Umsetzung dieses Projekts arbeitet die Stadt Paris eng mit den staatlichen Behörden und der Zivilgesellschaft zusammen. Darüber hinaus hat sie sich mit vier Partnerorganisationen zusammengeschlossen, die auf den Bereich der städtischen Raumplanung spezialisiert sind: die Université des Collectivités de Côte d'Ivoire, Agrisud International sowie die Polytechnische Hochschule Turin. Diese Partnerschaft mehrerer Akteure soll die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit des Projekts sicherstellen.

Pierre Schapira

Wie sieht die Zukunft des Euro aus? Diese Frage müssen wir uns stellen

Nachdem überzeugte Europäer, zu denen ich mich auch zähle, den Euro oftmals zur Lösung all unserer Probleme erklärt hatten, scheint er in Krisenzeiten für viele unserer Mitbürger zur Ursache aller Probleme geworden zu sein.

Die unvermeidliche Folge: Die „politischen Medien“, in denen er hochgelobt wurde, beschreiten nun den gleichen Weg, den seine Dauergegner schon von Anbeginn an eingeschlagen hatten. Für die einen ist es ein Wahlspruch und für die anderen eine Frage: RAUS AUS DEM EURO?! !

Mit anderen Worten: Sind wir bereit, wieder zu der Vielzahl der nationalen Währungen zurückzukehren, welche die meisten Menschen bereits vergessenen haben (außer natürlich diejenigen, die diese früher als Zahlungsmittel verwendet haben), und somit auch zu all den damit verbundenen Spekulationsrisiken zu Lasten der schwächsten Währungen?

Ich bin ein kritischer und realistischer Europäer, der genauso wenig an Allheilmittel wie an die Sinnhaftigkeit der Suche nach einem Sündenbock geglaubt hat (und das noch immer nicht tut).

Ich bin zwar der Auffassung, dass das Euro-Währungsgebiet überstürzt eingerichtet und erweitert wurde, und habe immer betont, dass die Einführung einer gemeinsamen Währung als gemeinsames politisches Instrument ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Fehler ist.

Als kritischer und realistischer Europäer, wie ich mich eingangs bezeichnet habe, kann ich jedoch nicht leugnen, dass durch den Euro das Zugehörigkeitsgefühl zur Europäischen Union gestärkt und die weltweite Anerkennung Europas gefördert wurde.

Bei der Schaffung dieses „Währungsinstruments“ ohne gemeinsame politische Entscheidungen, die mit diesem Instrument umgesetzt werden sollen, wurde eindeutig der zweite Schritt vor dem ersten gemacht.

Und auch wenn es rückschrittlich und lächerlich wäre, zu der Vielzahl der nationalen Währungen zurückzukehren, so muss doch eine politische Instanz geschaffen werden, deren Entscheidungen mittels der gemeinsamen Währung umgesetzt werden, um insbesondere die Krise zu meistern, das Wachstum anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu senken!

Ohne diese politische Instanz müssen wir uns mit einer Währungspolitik abfinden, welche die Probleme, unter denen wir leiden, nur verstärkt und somit zum unausweichlichen Ende der Europäischen Union beiträgt und zu einem offenen und ungeschützten Markt führt.

Einmal mehr gibt es nicht zu viel, sondern zu wenig Europa und wird sind den Finanzmärkten und den Spekulanten hilflos ausgeliefert, die in Europa nichts weiter sehen als „einen Markt, auf dem sich jeder bedienen kann“.

Daher dürfen wir die Erweiterung momentan nicht weiter vorantreiben und brauchen vor allem den politischen Willen sowie mutige politische Entscheidungsträger!

Das Jahr 2014 wird zweifellos ein entscheidendes Jahr für die Union und wird geprägt von den Entscheidungen, die getroffen werden und darüber bestimmen, ob die Union

voranschreitet oder die gleichen Fehler macht, die damals zu den verheerenden Kriegen des 20. Jahrhunderts geführt haben.

Gérard CAUDRON

Die Finanzielle Vorausschau: ein Europa ohne Ehrgeiz?

Nach vielen Verhandlungsrunden wurde endlich eine Einigung über die Finanzielle Vorausschau für 2014-2020 erreicht.

Schaut man sich die Zahlen an, so stellt man fest, dass die Haushaltspläne der Union erstmals unterhalb von 1 % des BIP liegen, weit entfernt von den früheren 1,24 %, als man glaubte, damit den Bestrebungen Europas nicht gerecht zu werden; als die Kommission 2004 behauptete, dass „un cadre alternatif de 1,30% permettrait   l’Union de mieux correspondre aux besoins“.

So geschieht es, wenn die Europäische Union besonders anspruchsvollen Herausforderungen gegenübersteht: neben der Herausforderung, neue Mitglieder mit Indikatoren, die weit unter dem europäischen Durchschnitt liegen, aufgenommen zu haben, muss sie nun die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen, die in der Strategie Europa 2020 deutlich benannt werden: die Herausforderungen der Bevölkerungsalterung, der Nachhaltigkeit der Ressourcen und der Globalisierung. Dabei handelt es sich um Herausforderungen, auf die reagiert werden muss, während es eine Krise gibt, die noch nicht überwunden ist.

Betrachtet man die Struktur der einzelnen Rubriken der Finanziellen Vorausschau ist es zweifellos begr uenswert, dass die einzuhaltenden Prioritäten besser an die in der Strategie Europa 2020 festgelegten Prioritäten angepasst wurden: mit der Zuweisung von 490.898 Mrd. Euro (47,8 % der Gesamtsumme) an das Kapitel „Croissance intelligente et inclusive“ (wodurch die erste und die dritte Priorität der Strategie Europa 2020 zusammengefasst werden), wobei hier 336.020 Mrd. Euro (68,5 % dieser Zwischensumme) für die „Politique de coh sion“ bereitgestellt werden: ohne Frage eine richtige Politik, die in der Lage ist, Europa in einer globalisierten Welt wettbewerbsfähiger zu machen. Ferner ist besonders zu begr uen, dass 89, 895 Mio. Euro für „développement rural“ vorgesehen sind, was auch mit Blick auf die Förderung struktureller Verbesserungen geschieht.

Wie es derzeit im Vertrag von Lissabon betont wird, müssen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, das eine unersetzliche Rolle auf nationaler Ebene und – näher am Bürger – auf regionaler und lokaler Ebene spielt, Fortschritte erreicht werden, wobei es weder absehbar noch wünschenswert ist, dass die Europäische Union über das hinausgeht, was in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen soll.

Jedoch können wir in vielen F llen angesichts der Konkurrenz von großen Ländern und riesigen Räumen, wobei die Europäische Union nicht mehr al 5 bis 7 % der Weltbevölkerung ausmacht, nicht auf gemeinschaftsweite Aktionen verzichten.

Niemals werden wir übertrieben hohe Haushalte befürworten. Allerdings müssen wir weiterhin, wie bereits gesagt wurde, über Haushalte verfügen, die „unseren Bestrebungen gerecht werden“. Dies hat nicht nur allein in unserem Interesse zu erfolgen, sondern auch im Interesse aller anderen Länder der Welt, die durch ein starkes Europa als hervorragender Raum für Chancen und Zusammenarbeit nur gewinnen können.

Manuel Porto